

KURZ UND PRÄGNANT

Standard-Absenkung „ist für uns ein Tabu“

„Bildung in Kindertagesstätten kann nur dann auf hohem Niveau stattfinden, wenn wir eine ausreichende Personalausstattung in den Kitas haben“, betonte die Familienpolitikerin der Linksfraktion Margit Jung. Es sei ein „Schlag ins Gesicht der Eltern“, wenn die Standards in Thüringer Kitas nun schon wieder in Frage gestellt würden. Nachdem Eltern, Erzieherinnen, Gewerkschaften, DIE LINKE und SPD es mit dem Volksbegehren für eine bessere Familienpolitik geschafft hatten, dass man die Kürzungen der Regierung Althaus zurückgenommen hat, würde eine neue Offensive gegen die Kinder und ihre Bildungschancen mit ebensolchem Widerstand rechnen können. Auch wenn im Landtag zahlreiche Dementis zu hören gewesen waren, sei es doch eine Tatsache, dass die CDU in ihrem Bildungspapier und der Gemeinde- und Städtebund in seinem Appell an die Landesregierung eine Absenkung der Standards ins Gespräch gebracht haben. „DIE LINKE wird weiterhin an der Seite der Eltern dafür kämpfen, dass in Kitas ausgebildete Erzieherinnen arbeiten. Für uns ist eine Absenkung der Standards tabu“, betonte die Abgeordnete. ■

Eine klare Ansage ist „mehr als überfällig“

Mit Unverständnis reagierte der LINKE Fraktionsvorsitzende Bodo Ramelow auf Äußerungen des Rechnungshof-Präsidenten Sebastian Dette, dass die Prüfung über die Rechtmäßigkeit der Funktionszulagen erst nach der Landtagswahl im September abgeschlossen werde. Es sei nicht nachvollziehbar, warum sich die Prüfung der Zulagen an Fraktionsmitglieder von CDU und FDP durch den Landesrechnungshof „dermaßen in die Länge zieht“. Hierzu gibt es eindeutige Entscheidungen der Verfassungsgerichte und es bedarf schlicht einer objektiven Prüfung, ob rechtswidrig weiter gezahlt wird. Insbesondere die verfassungswidrigen Zahlungen an Abgeordnete bei der CDU- und der FDP-Fraktion für die Wahrnehmung von Funktionen seien schon lange bekannt. Das dazu maßgebliche Urteil aus Karlsruhe stamme aus dem Juli 2000. „Trotzdem zahlen CDU und FDP weiter, dies ist an Dreistigkeit nicht zu überbieten“, betonte Ramelow. Eine klare Ansage des Rechnungshofs sei hier mehr als überfällig. Wenn Herr Dr. Dette tatsächlich bis nach der Wahl im September warten wolle, müsse er sich fragen lassen, ob er damit nicht Beihilfe zur Steuergeldverschwendung leiste. ■

Doppelte Benachteiligung von Frauen beenden

Frauen, die eine starke Interessenvertretung wollen, „müssen bei den diesjährigen Wahlen in den Kommunen, für Europa und für den Landtag DIE LINKE wählen“, sagte Karola Stange, gleichstellungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Landtag, anlässlich des diesjährigen Internationalen Frauentags und betonte namens der Linksfraktion: „Wir kämpfen mit Frauen für Frauen.“

„DIE LINKE sei Sprachrohr für alle Frauen und ihre z.T. existenziellen Probleme, die sich z.B. daraus ergeben, dass sie im Alter benachteiligt sind, weil sie in der DDR geschieden wurden, oder dass sie als Führungskräfte an die gläserne Decke stoßen, vor einem prügeln Partner ins Frauenhaus fliehen müssen oder als Frauen im Gesundheitssystem richtig behandelt werden wollen.“

„Die Hälfte unserer Listenplätze ist für Frauen reserviert“, sagte Karola Stange. „Das führt dazu, dass wir nicht nur Sozialpolitikerinnen haben, sondern z.B. auch Frauen, die für Innen-, Justiz- oder Landwirtschaftspolitik zuständig sind oder sich um den NSU-Untersuchungsausschuss kümmern.“ Wählerinnen könnten sich also sicher sein, dass ihre Interessen umfassend vertreten werden.

Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Ina Leukefeld sagte: „Vor 20 Jahren hörte sich die Losung ‚Wer sich nicht wehrt, kommt an den Herd‘ fast wie ein Schlachtruf an. Die Herren aus dem Westen machten sich lustig über die ungebrochene Erwerbsneigung der ostdeutschen Frauen. Heute haben wir in Thüringen zwar eine hohe Frauen-Erwerbsquote, aber unter den Vollzeitbeschäftigten sieht

es mau aus.“ Bei der Frauenbeschäftigung, also dem Prozentsatz aller sozialversicherten weiblichen Erwerbspersonen zwischen 15 und 65 Jahren, liegen nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit die neuen Bundesländer deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 49,4 Prozent. Thüringen nimmt nach Sachsen (56,5 Prozent), den zweiten Platz mit 55,9 Prozent ein und liegt noch vor Brandenburg (55,7), Sachsen-Anhalt (54,9) und Mecklenburg-Vorpommern (54,1).

„Jubel kommt dennoch nicht auf, denn Frauenerwerbstätigkeit ist meist

prekär und schlecht bezahlt“, so Ina Leukefeld. Wie jetzt die Regionaldirektion für Arbeit vermeldete, sind unter den rund 475.000 Vollzeitbeschäftigten im Freistaat etwa 165.000 Frauen. Sie sind vor allem in den unteren Einkommensgruppen vertreten. Dabei dominieren ungewollte Teilzeit und Minijobs in geringfügiger Beschäftigung. Die Zahl derjenigen Menschen, die neben einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung noch einen Minijob ausüben müssen, hat sich in den letzten Jahren mehr als verdoppelt.

„Die Einkommenssituation von Frauen ist deutlich schlechter als die der Männer. Die Lohndifferenz beträgt noch immer im Durchschnitt mehr als 20 Prozent“, kritisierte die LINKE-Abgeordnete. Das hängt auch damit zusammen, dass ein Großteil der Frauen in Branchen arbeitet, die relativ geringe Löhne zahlen. Dazu gehören Pflegeberufe, das Hotel- und Gaststättengewerbe und der Dienstleistungsbereich. Frauen erhalten zudem seltener Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld oder eine Gewinnbeteiligung. Während Männern häufiger Weiterbildungen angeboten werden, machen Frauen Weiterbildungen verstärkt auf eigene Kosten.

Die LINKE Politikerin stellte fest, dass Frauen laut jüngster Studie über die Verteilung des Vermögens lediglich über 72 Prozent des Durchschnittsvermögens der Männer verfügen. In Ostdeutschland ist der Durchschnitt zudem mit 8000 Euro weitaus niedriger als im Westen mit 21000 Euro. „Dieser Unterschied bleibt also auch nach über zwei Jahrzehnten deutscher Einheit immens. Auch daran wollen wir anlässlich des Frauentages erinnern, denn eine doppelte Benachteiligung der ostdeutschen Frauen können und wollen wir nicht länger hinnehmen.“ ■



Natürlich hat auch der Vorsitzende der Linksfraktion, Bodo Ramelow, zum Frauentag mit Blumen gratuliert u.a. auf dem Erfurter Anger, denn es ist ihm immer „ein wichtiges Anliegen“, wie er betonte, „am 8.März, dem Kampftag für die Gleichberechtigung der Frauen, auf der Straße zu sein“. Ihm taten es zahlreiche Bundes-, Landtagsabgeordnete und KommunalpolitikerInnen der LINKE überall in Thüringen gleich.

LINKE mit „Fair-Änderungs-Angeboten“ auf Messe

Die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag nimmt an der ThüringenAusstellung auf der Erfurter Messe vom 8. März bis 16. März mit einem eigenen Informationsstand in der Messehalle 1 teil.

„Wir möchten Bürgerinnen und Bürger herzlich einladen, mit uns ins Gespräch zu kommen. Gerne stehen wir für Nachfragen zur Verfügung. Wir möchten diese Gelegenheit nutzen, einerseits Anregungen und Probleme der Bürgerinnen und Bürger mit in den Landtag zu nehmen und andererseits über unsere parlamentarische Arbeit zu informieren. Nicht zuletzt wollen wir unser Projekt ‚Thüringen fair ändern‘ vorstellen“, sagte Bodo Ramelow, der Vorsitzende der Fraktion und designierter Spitzenkandidat der Thüringer LINKEN für die Landtagswahl am 14. September in Thüringen.

Bereits am ersten Tag war der Andrang groß. Im Foto Margit Jung, die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der LINKEN. Während der gesamten Messezeit stehen LINKE-Landtagsabgeordnete aus den verschiedenen Politikbereichen für Gespräche am Infostand bereit, der gut bestückt ist mit Informationsmaterial und diversen LINKE-Utensilien. Wer zu welcher Zeit anzutreffen ist, steht tagesaktuell in einer Übersicht auf www.die-linke-thl.de, wo es auch zu einer Fotogalerie geht. ■

